

Antrag der Fraktion der FDP**Haushalte für 2010 und 2011 nicht zukunftsorientiert – grundlegende Überarbeitung zwingend geboten**

Die Freie Hansestadt Bremen befindet sich in der gravierendsten Haushaltsnotlage seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Situation ist, trotz hoher Sonderlasten wie Häfen, Universität und oberzentrale Funktionen, nicht vollkommen unverschuldet eingetreten. Obwohl Sanierungszahlungen in Milliardenhöhe erfolgten, ist es nicht gelungen, die Staatsfinanzen zu sanieren. Die Sanierungsaufgaben wurden zwar eingehalten, jedoch nicht den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Es wurde mehr ausgegeben, als zu verantworten gewesen wäre.

Deshalb stellt sich nach wie vor die Aufgabe, die bremischen Finanzen auf eine solide Grundlage zu stellen. Dabei steht der Senat vor der Herausforderung, Hilfe vom Bund und anderen Ländern einzuwerben, da sich ohne Finanzhilfe von außen die bremischen Haushalte nicht mehr sanieren lassen. Ohne den Willen zu eigenen Sparanstrengungen wird es nicht gelingen, weitere Hilfe von Dritten zu erhalten und Bremens Situation bei Verhandlungen über die staatliche Finanzverteilung nach 2019 deutlich zu machen. Den notwendigen Sparwillen zeigt die rot-grüne Regierungskoalition nicht. Der nötige und von Dritten zu Recht erwartete Eigenbeitrag zur Verringerung des strukturellen Defizits wird nicht geleistet. So sind Bremens Haushalte weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Dies wird die Verhandlungen des Senats zur Ausgestaltung des Verwaltungsabkommens über die Zahlung der Sanierungsbeiträgen belasten.

Weder der rot-grüne Senat noch die ihn tragenden Fraktionen haben die längst überfälligen Verwaltungsreformen eingeleitet und die aufgrund der überhöhten Ausgaben der vergangenen Jahre überfällige Rückführung der Staatsaufgaben auf die Kernaufgaben des Staates eingeleitet. Bremen wurde in eine Situation hineinmanövriert, in der Vieles nicht mehr wie bisher gewohnt vom Staat geleistet werden kann.

Symptomatisch hierfür sind unter anderem:

- Fehlender Wille des Senats zur Wahrnehmung seiner Gesamtverantwortung. Bevorzugte Lösung von Haushaltsproblemen von Ressorts zulasten anderer Ressorts.
- Fehlender Wille, Reibungsverluste abzubauen. So verweigert sich die rot-grüne Koalition zum Beispiel der sinnvollen Zusammenlegung von Bildungs- und Jugendressort.
- Fehlender Mut des Senats zu Verwaltungsreform und Aufgabenkritik. Senat und Koalition haben nicht die Kraft, hoch dotierte Staatsrats- und andere Leitungsstellen zu reduzieren. Hier gilt es, Abhilfe zu schaffen, kostspielige Doppelstrukturen zu beseitigen und endlich Privatisierungen konsequent durchzuführen.
- Teure Scheinprivatisierungen werden aufrechterhalten, statt Verwaltungshandeln in den Ressorts zu verankern. So werden für teures Geld die Mittel des Arbeitsmarktprogramms bei der Bremer Arbeit und der Bremerhavener Arbeit verwaltet.
- Unzureichender Wille, Schwarzarbeit zu bekämpfen und Forderungen gegenüber Dritten, wie beim Unterhaltsvorschuss, zurückzufordern.
- Fehlende Fokussierung der Wirtschaftsförderung auf wenige zukunftsträchtige Technologiefelder.

- Zu langsame Genehmigungsverfahren bei für das Land wichtigen Investitionsvorhaben – jüngstes Beispiel ist der private Hafen für die Offshore-Windenergiebranche.
- Festhalten an hohen staatlichen Quoten im Elementarbereich und im Schulsektor statt günstigeren und leistungsfähigen freigemeinnützigen Trägern mehr Aufgaben zu überlassen.
- Jahrelanges Festhalten an einer teuren, ineffizienten kommunalen Trägerschaft der Krankenhäuser, statt einer Übergabe des Krankenhausbetriebs an nicht staatliche Träger. Es wurden Millionen für Planungen und Gutachten verschleudert. Die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden einem hohen unternehmerischen Risiko ausgesetzt.
- Keine kontinuierliche Durchforstung bremischen Rechts auf teure Regelungen, die im Gesetzgebungs- oder Verwaltungswege vereinfacht und günstiger gemacht bzw. aufgegeben werden könnten.
- Hinhaltende Blockade bei der Zusammenarbeit mit anderen Ländern in Angelegenheiten, bei denen ein gemeinsames Vorgehen Effizienzsteigerungen bewirken würde. So könnten Kosten reduziert werden, ohne dass sich die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger verschlechtern.
- Grundstücke und andere Immobilien, die nicht mehr benötigt werden, werden nur halbherzig vermarktet.
- Spareffekte durch Umorganisationen bei Behörden und Eigenbetrieben, beispielsweise beim Stadtamt, bei den Bremer Entsorgungsbetrieben und bei Stadtgrün, werden nicht realisiert.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

- Die vorgelegten Haushalte für die Jahre 2010 und 2011 für die Freie Hansestadt Bremen und die Stadtgemeinde Bremen sind weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Die nötigen Sparanstrengungen reichen nicht aus, um das strukturelle Defizit zu verringern und den nötigen Eigenbeitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat:

- Die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2010 und 2011 zu überarbeiten und erneut vorzulegen.
- Bis zum Beschluss eines Haushaltes für 2010 sind geeignete Bewirtschaftungsmaßnahmen zu ergreifen.

Dr. Magnus Buhlert,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP